Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil ir., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 148 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver Freitag, den 27. Juni | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Landmanns Sonntagsblatt", „Herd und Scholle", — „Für unsere Frauen" und „Am Abend". — | 1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.
und „Zeitgeschehen im Wochenbild."

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Bei Wiener-Neustadt wurden durch Heuschreckenschwärme große Verheerungen angerichtet. Die Eisenbahnstrecke war lange Zeit durch die Heuschrecken gesperrt.

* Reichskanzler Dr. Brüning hat sich nach Neudeck begeben, um dem Reichspräsidenten Vortrag über die politisch-parlamentarische Lage zu halten.

* Die Rheinlandräumung ist in vollem Gange, so daß am Sonnabend der letzte französische Zug Mainz verlassen wird.

Selbsthilfe der Landwirtschaft.

Zölle haben nicht etwa nur den Zweck, „Schutz" zu gewähren, weil das Ausland aus irgendwelchen Gründen objektiv billiger produzieren kann, als das in Deutschland möglich ist. Zölle haben noch eine andere Aufgabe: hinter dieser Mauer, die sie darstellen, nun vor allem erziehlich zu wirken. Das gilt ganz besonders von den Agrarzöllen. Deren Zweck ist es durchaus nicht allein, der Landwirtschaft wieder zu einer Rentabilität zu verhelfen, die sie haben muß, um leben zu können; deren Zweck ist's auch weiter nicht nur, das aus mannigfachen Gründen hierin billiger produzierende Ausland nicht zu einer hoffnungslos übermächtigen Konkurrenz werden zu lassen. Sondern diese Zölle würden das, was sie hauptsächlich ermöglichen sollen, also ihre Hauptaufgabe nicht erreichen, wenn hinter dieser Mauer sich die deutsche Landwirtschaft nicht schnellstens zu einer Betriebsumstellung, zu einer Modernisierung, ja „Industrialisierung" ihres Wirtschaftens entschließen will. Also im Staatsschutz zur Selbsthilfe greift.

Gerade dies hat der jetzige Reichsernährungsminister Dr. Schiele ganz besonders scharf und ausführlich unterstrichen in der Rede, die er soeben vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat gehalten hat. „Die Wirkung der Regierungsmaßnahmen kann vervielfältigt werden, wenn sie durch die aktive Mitarbeit der Landwirtschaft selbst ergänzt wird." Und wenn man in diesem Satz Minister Schieles das „kann" durch ein „muß" ersetzt, so durchzieht dieser Hinweis auf die dringende Notwendigkeit einer „aktiven Mitarbeit der Landwirtschaft" die ganze Rede. Der Ernährungsminister will also nicht ein endloses Reglementieren, einen Zwang und Druck von „oben" her, sondern erhofft und verlangt von seinen Berufsgenossen die Einsicht in jene Notwendigkeiten einmal der schnellsten Rationalisierung im Betrieb und weiter der planmäßigen Absatzgestaltung. Der Minister verlangt diese selbständige Initiative vor allem bei der Umstellung vom Roggenbau auf verstärkte Weizenproduktion, wozu die finanziellen Voraussetzungen heute gegeben oder zum mindesten angebahnt sind durch die Preisentwicklung der letzten Zeit; denn der hohe Weizenpreis soll ja zu vermehrtem Anbau reizen.

Aber auf einem anderen Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugung und Verarbeitung ist nicht minder viel, vielleicht noch mehr „aufzuholen", gewiß unter Staatsschutz, aber nicht ohne, sondern nur mit aktivster Mitarbeit der Landwirtschaft. Es handelt sich dabei vor allem um die Veredelungswirtschaft für Milch und Milchprodukte —, immer wieder im engsten Zusammenhang mit einer planmäßigen, natürlich nur auf Selbsthilfe abgestellten Absatzorganisation. Obst und Gemüse kommen noch dazu, und wenn man das Wort „Standard"- oder „Markenerzeugnisse" ausspricht, dann weiß auch der Laie ungefähr, worauf jene Selbsthilfe der Landwirtschaft abzielen soll. Gewiß ist hier schon eine ganze Menge geleistet und auch viel erreicht worden, wie z. B. bei dem „deutschen Frischei", das geradezu einen Siegeszug angetreten hat. Und die deutsche „Markenbutter" hat ihrer dänischen „Standard"-Konkurrenz doch schon erfreulicherweise ziemlichen Eintrag getan —, aber noch viel, sehr viel mehr bleibt zu leisten übrig. So viel, daß der Reichsernährungsminister in diesem Zusammenhang geradeswegs von einem gegebenenfalls notwendig werdenden „erziehlichen Zwang" sprach.

Und schließlich soll sich der Selbsthilfegedanke noch auf einem ganz besonders „kitzligen" Gebiete betätigen, nämlich dem der Kreditpolitik bei den ländlichen Darlehnsgenossenschaften und den entsprechenden Banken: im Sinne eines Zinsabbaues. Daß heutzutage die Beleihung des landwirtschaftlichen Betriebes mit einem großen Risiko verknüpft und daher teuer ist, muß ja als Kernpunkt der ganzen agrarpolitischen Kreditnot angesehen werden. Nun wird durch die Osthilfe und eine vernünftige Umschuldung dieses Risiko stark herabgemindert, und dementsprechend sollten die Bedingungen für die Kredithergabe durch die den Landwirtschaftskreisen nahestehenden Banken usw. gemildert werden. Die Mahnung des Ministers in dieser Richtung ist nur allzu notwendig; denn man weiß aus vielfacher Erfahrung, daß die Banken den Zinsfuß zwar schnell und gern heraufsetzen, aber ihn nur langsam und höchst ungern ermäßigen, auch dann, wenn das Kreditrisiko geringer wird.

Übrigens sind entsprechende Bestrebungen auf Ermäßigung des Zinsfußes für langfristigen Kredit auch in anderen Kreisen, namentlich den öffentlich-rechtlichen Geldinstituten, schon in die Wege geleitet worden.

Im April hat der Reichsernährungsminister im Kabinett Brüning ein „Agrarprogramm" durchgeführt, — das waren umfassende Maßnahmen des Staates, war eine Hilfsaktion durch die Gesamtheit; aber alles dies wäre letzten Endes doch zur Erfolglosigkeit verurteilt, wenn es nicht begleitet, ergänzt und erst erfolgbringend gestaltet wird durch ein „Agrarprogramm" der Landwirtschaft selbst, durch eine Aktion der Selbsthilfe, dadurch, daß sich nun auch „die Kräfte dieses Berufsstandes auf wirtschaftlichem Gebiete rühren".

Deutschland und Polen

Wünsche zur Außenpolitik.

Das deutsch-polnische Verhältnis.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die zweite Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes fort. Nach wie vor stand die Rheinlandräumung, das Verhältnis zu Polen und zu Sowjetrußland im Vordergrund des Interesses. Viel beachtet wurde dabei, daß der Abg. Professor Dr. Hötzsch von der Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft sich warm für ein enges Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland einsetzte. Gegen Schluß der Debatte nahm Reichsaußenminister Dr. Curtius nochmals Gelegenheit, seine Stellung zu den außenpolitischen Problemen darzulegen und sich mit den verschiedenen Rednern auseinanderzusetzen. Dabei versicherte er, daß er sich dem deutsch-polnischen Problem persönlich mit ganzer Hingebung widme und sich für die Rechte der Deutschen jenseits der Grenzen voll einsetze. Die außenpolitischen Erörterungen des Ministers wurden vom Hause ruhig aufgenommen, nur als sich Dr. Curtius mit der Kritik des Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven an seinem Etat auseinandersetzte und die Vorwürfe des Abgeordneten als unberechtigt zurückwies, wurde ihm von der rechten Seite des Hauses lebhaft widersprochen und die Verhandlungen nahmen zum Teil einen recht stürmischen Charakter an.

*

Sitzungsbericht.

(184. Sitzung.) CB. Berlin, 26. Juni.

Die von den Regierungsparteien beantragte Verlängerung des Nothaushalts bis Ende Juli wurde in erster und zweiter Lesung genehmigt. Das Haus setzte dann die zweite Beratung des

Haushalts des Auswärtigen Amtes

fort. Abg. Frhr. v. Rheinbaben (D. Vp.) erklärte, es sei mit Recht die Frage aufgeworfen worden, in welchem Maße man im Auswärtigen Amt Ersparnisse durchführen könne. Man dürfe aber nicht vergessen, daß das Auswärtige Amt nach 1918 ein Experimentierfeld für alle möglichen Dinge war. Die Lage Deutschlands sei auch grundsätzlich verschieden gegenüber der anderer Länder. Die anderen besitzen, während wir aufbauen wollen. Deshalb hinke jeder Vergleich, wenn man nur die nackten Zahlen nennt. Zu dem Paneuropamemorandum Briands werde man eine abwartende Stellung einnehmen und jede Bindung hinsichtlich der Errichtung neuer paneuropäischer Behörden ablehnen müssen. Ungeheuer wichtig sei

das Verhältnis zu Polen.

Wir haben das Opfer gebracht, das deutsch-polnische Liquidationsabkommen zu ratifizieren. Wir haben aber noch nicht gehört, daß Polen diesen wichtigen Vertrag ratifiziert hat. Zum deutsch-polnischen Handelsvertrag sind wir positiv eingestellt, behalten uns aber die Stellungnahme im einzelnen vor. Die Grenzzwischenfälle haben die stärkste Empörung gegen die polnischen Methoden hervorgerufen. Die ernsteste Aufmerksamkeit muß das System erregen, mit dem Polen seinen Kriegs- und Handelshafen Gdingen künstlich fördert und Danzig wirtschaftlich abschnürt, um es ganz unter polnischen Einfluß zu bringen.

Abg. **Schneller** (Komm.) warf der deutschen Außenpolitik vor, daß sie weiter fortfahre, Deutschland in die antirussische Front einzugliedern.

Abg. Dr. **Dernburg** (Dem.) erklärte, die Liquidation des Krieges sei ein Bedürfnis auch für die übrigen Mächte, die ebenso wie Deutschland unter der Weltwirtschaftskrise und der ungeheuren Arbeitslosigkeit leiden. Der Briandsche Paneuropaplan erhalte aber eine eigenartige Beleuchtung durch die Tatsache, daß

Frankreich in der letzten Zeit fünf Millionen Frank für Befestigungen

außeretatsmäßig ausgegeben habe. Es könne auch nicht angehen, daß unter falscher Auslegung des Mandatsbegriffs die ehemaligen deutschen Kolonien einfach vom britischen Imperium verschluckt würden.

Abg. Dr. **Hötzsch** (Christl.-Nat. Arb.-Gem.) wandte sich gegen den Vergleich des deutschen auswärtigen Haushalts mit denen anderer Länder und betonte, daß klare Vergleiche schlechterdings unmöglich seien, da die Verhältnisse in den einzelnen Staaten sehr verschieden seien. Den Schlußbericht des Reparationsagenten Parker Gilbert habe er als schulmeisterlich empfunden, wenn er auch den größten Teil seiner Kritik als berechtigt anerkenne. Mit der Rheinlandräumung sei unsere Freiheit und Gleichberechtigung nicht erreicht. Gegen

die entmilitarisierte Zone

würde er nichts einwenden, wenn sie sich auch nach der französischen Seite hin auf 50 Kilometer erstrecken würde. Bei der Besprechung des Briandschen Memorandums führte der Redner aus, daß Deutschland bereit sei zur Zusammenarbeit mit den übrigen europäischen Mächten, aber die Teilnahme an einer Gruppierung ablehne, die sich gegen außereuropäische Mächte richte. Die vielen deutsch-polnischen Grenzzwischenfälle wären kleine Explosionen eines überreizten polnischen Nationalismus aus dem Gefühl innerer Unsicherheit heraus. Es müsse unter den heutigen Verhältnissen und ohne daß Deutschland seinen Anspruch auf eine

friedliche Grenzrevision im Osten

aufgebe, ein modus vivendi zwischen Deutschland und Polen gefunden werden.

Abg. Dr. **Emminger** (B. Vp.) betonte, daß der Friede in Europa nur durch die Abrüstung gesichert werden könne. Unsere bisherige Handelsvertragspolitik müsse einer Generalmusterung unterzogen werden.

Abg. Graf **Reventlow** (Nat.-Soz.) erklärte, daß es Volksbetrug wäre, von einer Befreiung des Rheinlandes zu sprechen. Tatsächlich wäre das Rheinland internationalisiert. Er lehne jede deutsch-französische Freundschaftspolitik ab.

Abg. Dr. **Schreiber** (Ztr.) wies darauf hin, daß im Auswärtigen Amt eine ernste Sanierungsarbeit im Gange sei. Zu dem Briandschen Memorandum meinte der Redner, daß der Leitgedanke des Briandschen Vorschlages die unbedingte Gleichberechtigung der Völker sei, daß aber eine einseitig entmilitarisierte Rheinlandzone und ein Verbot des Zusammenschlusses von Österreich und Deutschland mit diesem Gedanken nicht zusammenpassen.

Reichsminister Dr. Curtius

versicherte zur Frage des deutsch-polnischen Problems, daß er nicht nachlassen werde, sich für die Deutschen jenseits der Ostgrenze mit allen Kräften einzusetzen. Er bedauere, daß der Polnische Staat das deutsch-polnische Liquidationsabkommen bis heute noch nicht ratifiziert habe. Innenpolitische Verhältnisse seien daran schuld, wenn Polen diese völkerrechtliche Pflicht noch nicht erfüllt habe. Unser Warschauer Gesandte sei angewiesen worden, auf die schleunige Ratifizierung des Liquidationsabkommens und dann auch auf die des polnischen Handelsvertrages hinzuwirken. Dr. Curtius führte dann weiter aus, daß Deutschland den

Anspruch auf koloniale Betätigung

auf die Erfolge seiner früheren Kolonialpolitik stützen könne. Wenn England das Mandatsgebiet des früheren Deutsch-Ostafrikas praktisch mit den benachbarten britischen Gebieten vereinige, so wäre das mit der Selbständigkeit des Mandatsgebiets unvereinbar. Der Minister beschäftigte sich dann mit der Kritik des Abg. von Freytagh-Loringhoven an der Ausgabenwirtschaft und suchte zahlenmäßig nachzuweisen, daß die Vergleiche des deutschnationalen Kritikers auf falschen Voraussetzungen beruhten. Wenn der Abgeordnete seinen Mißtrauensantrag damit begründe, daß im Auswärtigen Amt eine finanzielle Mißwirtschaft herrsche, so liege darin eine solche Schädigung des Ansehens der deutschen Außenpolitik, daß man mindestens eine stichhaltige Begründung für einen solchen Vorwurf hätte erwarten müssen.

Abg. Frau **Sender** (Soz.) meinte, wenn der Briandsche Plan die Wünsche nach europäischer Zusammenarbeit nicht erfülle, so müsse es die Aufgabe der deutschen Staatsmänner sein, ihn zu verbessern.

Abg. **Sachsenberg** (Wirtschaftsp.) bezeichnete eine Gesundung der Wirtschaft als die Grundlage für jede starke Außenpolitik.

Abg. von **Freytagh-Loringhoven** (Dtn.) hielt gegenüber den Ausführungen des Außenministers seine Angaben über die verschwenderische Wirtschaft des Auswärtigen Amtes aufrecht.

Abg. **Stubbendorf** (Dtn.) wandte sich gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag, der die deutsche Landwirtschaft wieder einmal bitter enttäusche.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Rheinlandbefreiung und Verfassungsfeier.

Wie aus verschiedenen an das preußische Ministerium des Innern gerichteten Anfragen hervorgeht, wird auch außerhalb des Gebiets der zweiten und dritten Besetzungszone, für die besondere Feiern vorgesehen sind, an manchen Orten der Gedanke erwogen, aus Anlaß der Befreiung des Rheinlandes öffentliche Feiern zu veranstalten. Nach Absicht der preußischen Staatsregierung sollen mit Rücksicht auf die in dieser Zeit notwendige Beschränkung in der Veranstaltung von Festlichkeiten außerhalb der beiden Zonen im gesamten übrigen Staatsgebiet Rheinlandbefreiungsfeiern gleichzeitig mit der Verfassungsfeier veranstaltet werden.

Um die Verlängerung des deutsch-polnischen Roggenabkommens.

In Warschau begannen die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Verlängerung des am 30. Juni ablaufenden deutsch-polnischen Roggenabkommens. Von polnischer Seite werden in den Verhandlungen eine Reihe von Abänderungsvorschlägen vorgebracht werden, die in Besprechungen im polnischen Landwirtschaftsministerium festgelegt worden sind.

Deutsche Reichstagsabgeordnete bei der isländischen Tausendjahrfeier.

Als Vertreter des Deutschen Reichstages nehmen an der Tausendjahrfeier des Isländischen Althings der ehemalige württembergische Gesandte Hildebrand, der Bürgermeister von Berlin-Friedenau, Berndt, und Oberlehrer Hofmann-Ludwigshafen teil.

Polen.

Maßnahmen zur Vermeidung von Grenzzwischenfällen.

Eine besondere Untersuchungskommission des polnischen Innenministeriums ist an die deutsch-polnische Grenze abgereist. Die Kommission soll eine eingehende Untersuchung der Grenzverhältnisse vornehmen, um Vorschläge zur Vermeidung von künftigen Grenzzwischenfällen auszuarbeiten. Diese Vorschläge werden dann dem Ministerrat zur Bestätigung vorgelegt werden.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich mit dem Staatsvertrag zwischen Bremen und Preußen. Nach längerer Aussprache fand der Vertrag die Billigung des Ausschusses.

Dortmund. Die den Rheinischen Stahlwerken gehörende Zeche Schacht Arenberg-Fortsetzung hat beim Demobilmachungskommissar angezeigt, daß sie 750 Arbeitern und 20 Angestellten gekündigt hat. Die Kündigungen treten am 16. Juli in Kraft.

Wien. Auf Grund einer Besprechung des Bundeskanzlers Dr. Schober mit einer Abordnung der Heimwehren wird Major Pabst um Gewährung einer zeitweisen Aufenthaltsbewilligung für Tirol nachsuchen und diese Erlaubnis zum Zweck der Ordnung seiner persönlichen Angelegenheiten erhalten.

Die Rheinlandkundgebung des Preußischen Landtags.

(172. Sitzung.) tt. Berlin, 26. Juni.

Der Ältestenrat des Preußischen Landtages trat vor Beginn der Vollsitzung zusammen, um sich mit der Frage zu befassen, ob aus Anlaß der Räumung des besetzten Gebietes in der Vollsitzung des Landtages

eine Kundgebung

stattfinden soll. Mit Rücksicht darauf, daß der Landtag voraussichtlich schon vor dem 1. Juli in die Sommerferien geht, soll von einer Kundgebung des Landtages selbst Abstand genommen werden. Es wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der Präsident des Landtages in einer schriftlichen Kundgebung des Tages der Räumung gedenken möge.

Im Plenum wurde dann die am Mittwoch unterbrochene Beratung von Strafverfolgungssachen fortgesetzt.

Abg. **Bruhn** (Komm.) führte die vom Geschäftsordnungsausschuß beantragte Aufhebung der Immunität kommunistischer Abgeordneter auf sozialdemokratische Nachsucht zurück. Die weiteren Ausführungen des Redners führten zu

lärmenden Szenen

zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Da die Abstimmungen über die Strafverfolgungssachen in jedem einzelnen Falle auf kommunistischen Antrag hin namentlich waren, nahmen sie über zwei Stunden in Anspruch. Die Genehmigung zur Strafverfolgung wurde in fünf Fällen gegen Angehörige der kommunistischen Fraktion erteilt. Die beantragte Genehmigung zur Verhaftung des Abg. Müller-Hessen (Komm.) wegen der Vorfälle in den Opelwerken in Rüsselsheim wurde dagegen versagt.

Annahme fand ein Zentrumsantrag, worin das Staatsministerium ersucht wird, dem Landtag spätestens im Herbst 1930 Vorschläge für eine durchgreifende Senkung aller Haushaltsausgaben vorzulegen.

Angenommen wurde auch ein Antrag der Regierungsparteien, Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, der gewisse für die Verteilung der im Haushalt vorgesehenen Staatshilfe von 1,4 Millionen Mark für den Erzbergbau im Sieg-, Lahn- und Dillgebiet vorgeschriebene Bindungen löst und eine zweckentsprechendere Verteilung vorsieht.

Auch ein Ausschußantrag auf Zusammenlegung des Polizeiinstituts in Charlottenburg mit der höheren Polizeischule in Eiche bei Potsdam wurde angenommen.

Das Haus vertagte sich hierauf auf Freitag.

Dietrich Reichsfinanzminister.

Trendelenburg mit der Führung des Wirtschaftsministeriums beauftragt.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den bisherigen Wirtschaftsminister Dietrich zum Reichsfinanzminister ernannt und den Staatssekretär Trendelenburg mit der Führung der Geschäfte des Wirtschaftsministeriums beauftragt.

Reichsratsbeschlüsse.

Ausprägung der Rheinlandgedenkmünzen genehmigt.

Der Reichsrat stimmte u. a. dem Gesetz über das vorläufige Handelsabkommen mit Ägypten, dem Abkommen über den kleinen deutsch-französischen Grenzverkehr und dem Zusatzprotokoll zum Zoll- und Kreditvertrag mit Holland zu. Auch der Verordnung über Änderung von Ausführungsbestimmungen zum Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetz, das Maßnahmen zur Bekämpfung der Schweinepest enthält, sowie der Verlängerung der Gültigkeitsdauer über Umsatzsteuervergünstigungen für Ostpreußen bis Ende Juni 1932 stimmte der Reichsrat zu. Ebenso genehmigte er die Ausprägung von Reichssilbermünzen im Nennwerte von 3 und 5 Mark, die aus Anlaß der Rheinlandräumung als Erinnerungsmünzen geprägt werden sollen.

Der Kampf um das „Programm".

Wirtschaftspartei hält an ihren Forderungen fest.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei teilt mit, daß sie an ihren Forderungen auf durchgreifende Ausgabensenkung festhalte. Einer Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werde die Partei nur bei gleichzeitiger Senkung der Krankenversicherungsbeiträge zustimmen. Bei gleichzeitiger gesetzlicher Höchstbegrenzung der Realsteuern sollen die Überweisungen an die Länder um etwa 200 Millionen gekürzt werden. Der dadurch entstehende Ausfall soll einerseits durch Besteuerung der Betriebe der öffentlichen Hand, andererseits durch einen Verwaltungsbeitrag ausgeglichen werden. Die Wirtschaftspartei glaubt, daß die Besteuerung der Betriebe der öffentlichen Hand etwa 150 Millionen bringen wird.

Arbeitsteilung zwischen Ost und West.

Um ein Jahrtausend deutscher Geschichte.

Nach der Rede des Ministers Schiele überbrachte der österreichische Vizekanzler Hartleb die Grüße der österreichischen Regierung und der österreichischen landwirtschaftlichen Hauptkörperschaft an die Versammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Darauf sprach Geheimrat Professor Dr. Volz-Leipzig über die Bedeutung des deutschen Ostens für die deutsche Gesamtwirtschaft. Er wies darauf hin, daß der Norden und Osten aus klimatischen Rücksichten

dem Roggen vorbehalten

sei. Der Osten, in dem auch die Kartoffel in Überfluß erzeugt werde, sei verkehrsarm und ausschließlich auf die Landwirtschaft als Erwerbsquelle gestellt, während der Westen infolge seiner reichen Bodenschätze eine hochstehende Industrie habe, die ihn auch zu einem verkehrsreichen Gebiet mache.

Wenn es dem Osten gut gehe, dann werde es auch den neuen Siedlern im Osten gut gehen. Gelinge es aber nicht, dem Osten ein blühendes Leben zu geben, so sei er in wenigen Jahrzehnten verloren und für unsere Enkel werde die Elbe wieder die Ostgrenze bilden. Dann sei ein Jahrtausend deutscher Geschichte vergebens verrauscht.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin, von Oppen-Dannenwalde, behandelte das Thema: „Die Milchversorgung der Reichshauptstadt als landwirtschaftliches Problem".

Der Landwirtschaftsrat faßte dann eine Entschließung, in der es heißt, daß die Erhaltung einer lebensfähigen Landwirtschaft im Osten eine nationale und wirtschaftliche Gesamtaufgabe des Reiches sei.

Darauf sprachen der Präsident des Deutschen Weinbauverbandes, Ökonomierat Dr. e. h. Müller-Karlsruhe, über „Der Kampf der landwirtschaftlichen Spezialkulturen um den deutschen Markt", der Direktor der Landwirtschaftskammer für Hessen, Dr. Hamann-Darmstadt über „Der deutsche Obst- und Gemüsebau im Kampf um den deutschen Markt" und schließlich Professor Dr. Schlittenbauer-München über den „Schutz des deutschen Hopfenbaues". Der Versammlung wurde eine Entschließung vorgelegt, in der ein planmäßiges, auf weite Sicht berechnetes

Programm für sämtliche maßgeblichen Spezialkulturen

als dringend notwendig bezeichnet wird. Insbesondere sei der handelspolitische Schutz für den deutschen Obst-, Gemüse-, Garten-, Tabak-, Wein- und Hopfenbau unverzüglich so auszugestalten, daß er den Existenznotwendigkeiten der deutschen Erzeuger Rechnung trage. In einer der öffentlichen Vollsitzung vorangegangenen geschlossenen Geschäftssitzung ist ferner eine Entschließung angenommen worden, nach der der Landwirtschaftsrat in dem Entwurf zu einem preußischen Landwirtschaftsgesetz eine ernste Gefahr für die Selbständigkeit der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung und die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaftskammern sieht.

Bürgerwehr statt Polizei.

Thüringen hat kein Geld für Polizei.

In der Klage Thüringens gegen die Sperrung der Polizeizuschüsse durch das Reich wird der Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragt, wonach das Reich die Polizeizuschüsse im seitherigen Umfange bis zur endgültigen Entscheidung des Staatsgerichtshofes an das Land Thüringen weiterzahlen soll.

Zur Begründung wird gesagt: Thüringen sei ebenso wie die anderen Länder auf die Reichszuschüsse für polizeiliche Zwecke angewiesen. Wenn diese nicht mehr gewährt werden, so werde Thüringen nichts übrigbleiben, als Wege zu suchen, wie die Unterhaltung der notwendigen polizeilichen Kräfte verbilligt werden könne.

„Wohl die einzige Möglichkeit dazu sei es," so heißt es wörtlich, „den jetzt vorhandenen kündbaren Polizeibeamten zu kündigen und den Polizeischutz, den bisher die Landespolizei versah, zum größten Teil durch persönliche Dienste nichtbeamteter Staatsbürger gemäß § 133 der Reichsverfassung wahrnehmen zu lassen."

Die vom Reiche bisher zugewiesenen Zuschüsse seien in kürzester Zeit verbraucht, so daß nach der Sperrung der Zuschüsse weitere Geldmittel zur Unterhaltung der Polizei völlig fehlen würden.

Die Pfalz als Vorbild.

Befreiungskundgebung des Bayerischen Landtages.

Der Bayerische Landtag gedachte der bevorstehenden Befreiung der Pfalz. Präsident Stang hielt eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Wenn man am 30. Juni unsere geliebte Pfalz als ein freies dem Deutschen Reiche verbundenes Gebiet sieht, dann ist das die Frucht nicht etwa eines bramarbasierenden und geräuschvollen politischen Auftretens, sondern es ist die Frucht eines unbeugsamen, zähen Willens, eines aufrechten Bekennermutes. Möge dieses Beispiel der Pfalz auch vorbildlich sein für die vaterländische Politik, die wir in den bisher unbesetzten Gebietsteilen des deutschen Vaterlandes zu treiben haben.

Starke Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen in kleinen und mittleren Städten.

Verdreifachung seit September.

Nach der Statistik des Reichsstädtebundes hat sich die Zahl der laufend in offener Fürsorge unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen in mittleren und kleinen Städten vom 30. April bis 31. Mai erhöht von 56 848 auf 62 999 (ohne Familienmitglieder als Zuschlagsempfänger). Damit ist eine Steigerung von durchschnittlich 7,3 auf 8 je 1000 Einwohner eingetreten. Gegenüber dem 30. September 1929 hat sich die Zahl der unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen in den kleinen und mittleren Städten nahezu verdreifacht. Die Reichsregierung ist auf die Notlage der kleinen und mittleren Städte eindringlich hingewiesen worden.

Planmäßige Absatzregelung.

Abschluß der Vollversammlung des Landwirtschaftsrates.

Nach dem Vortrag Dr. Schindlers genehmigte der Deutsche Landwirtschaftsrat eine Entschließung, in der gefordert wird, daß nach Drosselung der Einfuhr ausländischer Agrarerzeugnisse eine Festlegung einheitlicher Qualitätsbegriffe und eine Bezahlung der Ware nach Qualität erfolge.

Ferner sei notwendig ein planmäßiger Aufbau leistungsfähiger landwirtschaftlicher Absatzorganisationen, Schaffung eines Lagerscheinkredits und Vereinheitlichung der Marktnotierungen und Marktbestimmungen.

Zum Schluß sprach der Direktor der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und Berlin, Dr. Mendelson, über die landwirtschaftlichen Verhältnisse der Mark Brandenburg. Darauf wurde die Vollversammlung des Landwirtschaftsrates geschlossen. In den nächsten Tagen finden Besichtigungsfahrten durch verschiedene Teile der Provinz Brandenburg statt.

Bei den Kranken soll man nicht sparen.

Die Krankenkassen gegen Leistungsabbau.

Aus Anlaß der in diesen Tagen stattfindenden Beratung des Regierungsentwurfes zur Abänderung der Krankenversicherung durch den Reichsrat nahm der Hauptverband Deutscher Krankenkassen in einer starkbesuchten Kundgebung in Berlin Stellung zu dem Entwurf.

Abgelehnt wurden alle Sparmaßnahmen, die sich als Abbau der Leistungen für die Versicherten auswirken müssen, in erster Linie der Arzneikostenanteil und die Einführung einer obligatorischen Krankenscheingebühr.

Scharfe Angriffe richtete der geschäftsführende Vorsitzende des Hauptverbandes gegen die Ärzteschaft, die eine allgemeine Atmosphäre von Mißstimmung gegen die Kassen erzeugt habe. Aufs entschiedenste wende sich der Hauptverband gegen die Streikandrohung, mit der der Ärztekongreß auf die Vorschläge des Entwurfes zur Reform des kassenärztlichen Dienstes reagiert habe.

Unbezahlte Wiederaufbauarbeit in Frankreich?

Die ehemaligen Kriegsgefangenen beschweren sich.

Im Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen wurden Kriegsgefangenenfragen behandelt. Den Verhandlungen lagen Eingaben der Organisation ehemaliger Kriegsgefangener zugrunde, in denen behauptet wird, daß die Kriegsgefangenen während des Waffenstillstandes von Frankreich zu Wiederaufbauarbeiten herangezogen worden seien, daß sie aber für diese Arbeit keine Bezahlung erhalten hätten. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums trat der Behauptung entgegen, daß die Gefangenen mit Zustimmung oder gar auf Veranlassung der Reichsregierung zu Wiederaufbauarbeiten verwendet worden seien. Im übrigen wurde diese Frage zurückgestellt, bis ein neuer Finanzminister im Amte ist.

Heuschreckenschwärme in Niederösterreich.

Feuerwehr und Militär im Kampf mit den Insekten.

Bei Obereggendorf in der Nähe von Wiener-Neustadt ließ sich ein großer Heuschreckenschwarm nieder. Die Feuerwehr versuchte, den Schwarm durch Übergießen mit Benzin, das sodann angezündet wurde, zu bekämpfen. Das Mittel erwies sich aber als unzureichend. Darauf forderte der Landeshauptmann militärische Hilfe an. Der durch die Heuschrecken verursachte Schaden ist beträchtlich. Ein Güterzug, der in den auf dem Gleis lagernden Heuschreckenschwarm geriet, blieb stecken und konnte seine Fahrt nicht fortsetzen.

Der Einbruch der Heuschrecken hat große Aufregung unter der Bevölkerung hervorgerufen. Kleinere Schwärme zeigten sich bereits vor einigen Tagen. Der Hauptschwarm von Millionen Heuschrecken folgte dann und ließ sich auf den Bahngleisen und den angrenzenden Feldern nieder. Die Züge konnten selbst, nachdem der Bahndamm notdürftig von den Heuschrecken befreit war, wegen der schlüpfrigen Gleise nur sehr langsam fahren. Nach ihrer ersten Vertreibung sammelten sich die Heuschrecken von neuem und setzten ihren Weg in der Richtung nach Wiener-Neustadt fort.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 27. Juni 1930.

„Deutscher Liedertag am 29. Juni!"

Freikonzerte im Freien,

so lautet die Parole, zu einer neuen Form der Liedpflege, die der D. S. B. ins Leben ruft. Dieser Anregung des Deutschen Sängerbundes folgend, werden am Sonntag, den 29. Juni die Männergesangvereine im ganzen Deutschen Reich an öffentlichen Plätzen Volkslieder singen. Stadt und Land sollen widerhallen vom deutschen Liede. Dieser Gedanke geht von einer Massenkundgebung aus, jedoch sollen die Vereine einer Stadt sich keineswegs zu einem gemeinsamen Singen vereinigen, sondern an möglichst vielen Plätzen im Freien Volkslieder zu Gehör bringen. Die Ausgestaltung der Freikonzerte bleibt den Vereinen überlassen, jedoch sollen nur Volkslieder erklingen. Der „Deutsche Liedertag" kann nicht ohne Eindruck bleiben auf das deutsche Volk, auf alle, die noch Sinn für das Volkslied und Gefühl für Gemütswerte haben. In der heutigen Zeit ist es nötiger denn je, sich der Kulturwerte zu erinnern, die uns kein Krieg und keine Inflation rauben konnten, da sie im Wesen des Volkes begründet sind. Der Volksliedgedanke soll keineswegs auf Reichsdeutschland beschränkt werden. Ueberall „soweit die deutsche Zunge klingt, soweit man deutsche Lieder singt". Deutsche Gesangvereine im Ausland werden an diesem Liedertag teilnehmen. Deutsche Volkslieder erklingen dann in allen Teilen der Welt und so schlingt sich an diesem Tage das Band fester, das die Auslandsdeutschen mit der Heimat verbindet. Der Hauptausschuß des D. S. B. gibt u. a. für den Liedertag folgende Richtlinien bekannt:

„Um Mittag des letzten Sonntags im Juni, zweckmäßig vielleicht gegen 12 Uhr, sollen in allen Städten und Dörfern von den dem Deutschen Sängerbund angeschlossenen Vereinen Platzkonzerte im Freien, im Stadtpark, unter der Dorflinde, veranstaltet werden."

Burgfestspiele Altena.

—* **Florian Geyer.** 1525. Die Reformation hat in einem großen Teil Deutschlands festen Fuß gefaßt. Eine politische Bewegung scheint der religiösen, eine Revolution der Reformation folgen zu wollen. Die fränkischen Bauern erheben sich und dringen siegreich bis zur Mainlinie vor. In Würzburg treffen sich die Führer der Bewegung. Man will Ordnung in die zuchtlosen Haufen bringen. Ein kriegserfahrener Mann soll an die Spitze gestellt werden. Die intellektuellen Führer der Bewegung schlagen Florian Geyer, den Sieger von Weinsberg, vor. Doch gegen den Ritter wenden sich doktrinäre Eiferer, die die Befreiung des Volkes nur durch einen Mann des Volkes ausgeführt wissen wollen. Geyer unterwirft sich um der Sache willen einem Kriegsrat, der sich den starken Mann rasch vom Halse schafft. Geyer muß, an den unrechten Platz gestellt, tatenlos zusehen, wie die anderen ohne ihn den Bauernkrieg verlieren. Noch einmal wird ein Landtag in Schweinfurth einberufen, doch dieser verläuft ergebnislos. Die Partei der aufständischen Bauern zerbröckelt; der Schwäbische Bund, der Vertreter der Reichsgewalt, dringt siegreich vor. Götz von Berlichingen geht mit 30 000 zum schwäbischen Bund über. Auch Karlstatt, der Eiferer und erbitterte Gegner Luthers, den er als Verräter an der Bauernsache betrachtet, ist kleinmütig geworden und flüchtet. Geyer bleibt mit wenigen Treuen allein. Auf der Flucht verbirgt er sich in Rimpar, dem Schloß seines Schwagers Grumbach. Hier finden ihn bündische Reiter, und ein Landsknecht erschießt aus dem Hinterhalt den Bauernritter Florian Geyer.

Halver

—0 **Polizeiliches.** Gefunden: Ein Herren-Fahrrad. Auskunft wird im Amtshaus, Zimmer 9 erteilt.

—l Um den **Straßenstaub** in etwa zu meistern ist die Amtsstraße und Bahnhofstraße mit einer Teerdecke überzogen worden. Diese Neuerung wird von den Anwohnern und Straßenpassanten mit Freuden begrüßt werden.

—=: Die diesjährige **Hagelfeier** findet am kommenden Sonntag im Gottesdienst statt. In früheren Jahrhunderten hat man in unserer Gegend und auch in unserer Gemeinde feierliche Umzüge veranstaltet, bei denen man Wachstum und Gedeihen und Gottes Schutz für die Felder und Fluren erflehte. Später wurden diese Bittfeiern in die Kirche verlegt. Es gibt Gemeinden, die sie noch an den Wochentagen vor Himmelfahrt halten. Bei uns ist davon die jährliche Hagelfeier geblieben. Noch vor Jahrzehnten wurden ihrer mehrere an Wochentagen gehalten. Jetzt findet diese Hagelfeier an einem der ersten Trinitatissonntage statt. Die Gemeinde wird dazu herzlich eingeladen.

:-: **Schwenke** bei Halver, 24. Juni. Eingebrochen wurde gestern nachmittag bei dem Landwirt Lumberg in Kahlenberg bei Schwenke. Als die Bewohner des alleinstehenden Hauses am Montag nachm. um 2 Uhr das Haus verlassen hatten, um im Heu zu arbeiten, drangen einige Diebe durch ein offenstehendes Fenster in das Zimmer einer Hausangestellten ein, von wo sie ungestört durch Aufbrechen der Türen durchs ganze Haus zogen. Zufälligerweise hatte man den sonst wachenden Hund losgelassen, was für die Diebe günstig war. Während das Zimmer der Hausangestellten verschont blieb, wurden alle anderen Räume bis in die äußersten Winkel nach Geld durchsucht. Außer einigen alten Inflations-Tausendmarkscheinen fiel den Dieben kein Geld in die Hände. Nachdem die Diebe Anzugstoff und eine Uhr mitgenommen hatten, erbrachen sie noch einen feuerfesten Behälter für Wertpapiere und ließen den Inhalt liegen, darunter ein Sparkassenbuch. Durch die Oberseite des Hauses traten die Diebe den Rück-

Brüning in Neudeck

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten.

Die amtliche Mitteilung.

Die Aussprache des Reichskabinetts über die gesamtpolitische Lage wurde Mittwoch abend unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning zu Ende geführt. Die Beratungen führten zu völliger Einigung über die zu ergreifenden finanzpolitischen Maßnahmen. Reichskanzler Dr. Brüning wird im Laufe des Donnerstags dem Reichspräsidenten hierüber Vortrag erstatten. Nach seiner Rückkehr ist am Freitag die Bekanntgabe der Beschlüsse der Reichsregierung zu erwarten.

Die Entwirrung der Sanierungskrise.

Reichskanzler Dr. Brüning hat sich, wie beabsichtigt, nach Neudeck begeben, um dem Reichspräsidenten dort einen Vortrag über die politisch-parlamentarische Lage zu halten. Gleichzeitig wird der Reichskanzler dem Reichspräsidenten vorschlagen, den jetzigen Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich zum Reichsfinanzminister zu ernennen. Die Rückkehr des Reichskanzlers wird für Freitag erwartet. Das Reichskabinett wird dann nochmals zusammentreten, um die neuen Deckungsvorlagen zu verabschieden und sie sofort dem Reichsrat zur Beratung zuzuleiten.

Wie die neuen Finanzgesetze aussehen werden, darüber wird von der Regierung das strengste Stillschweigen gewahrt. Doch wird die Öffentlichkeit bald Authentisches darüber erfahren, da kurz nach der Verabschiedung der Deckungsvorlagen durch die Reichsregierung die neuen Steuergesetze veröffentlicht werden sollen. Die Regierung hat noch immer die Hoffnung, ihre neuen Sanierungsmaßnahmen auf streng parlamentarischem Wege verabschieden zu können. In Reichstagskreisen war man am Donnerstag tatsächlich erheblich optimistischer als an den Vortagen, daß die seit Wochen bestehende Sanierungskrise überwunden werden könnte, ohne daß die Regierung zu besonders drastischen Maßnahmen, also etwa der Anwendung des Artikels 48, schreiten müßte. Dieser Stimmungsumschwung soll darauf zurückzuführen sein, daß in einer Unterredung zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Curtius und dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, nach Wegen gesucht wurde, die es der Deutschen Volkspartei ermöglichen, eventuell weiter in der Regierung mitzuarbeiten.

Die Verhältnisse im Reichstag werden sich erst etwas entwirren, wenn der Reichskanzler wieder in Berlin eingetroffen sein wird und die Ergebnisse seiner Besprechung mit dem Reichspräsidenten vorliegen.

Der gallische Hahn entfliegt!

Die Trikolore sinkt.

Die Räumung des Rheinlandes vor dem Abschluß.

Von dem östlichen Pfeiler der Rheinbrücke Kehl—Straßburg wurde der gallische Hahn, der seinerzeit vom Verein Pariser Presse gestiftet worden war, entfernt. Die meisten Militärangehörigen haben die Stadt Kehl verlassen. Die Schilder, die auf die Besetzung hindeuteten, sind verschwunden. Eine Kommission hat

die Sprengungsarbeiten

an den früheren Kehler Forts besichtigt, das Abnahmeprotokoll wurde jedoch noch nicht unterzeichnet. Das noch in Kehl liegende Bataillon des 170. Infanterieregiments wird Kehl am Sonnabend vormittag verlassen. In Mainz wurden das französische Militärgericht und das französische Militärgefängnis, das

unter dem Namen „Vater Hofmann" bekannt

ist, den deutschen Behörden übergeben. Damit ist das französische Gericht in Mainz aufgelöst. Die noch schwebenden Verfahren gegen französische Soldaten werden in Frankreich zu Ende geführt, verschiedene Verfahren



Eine Denkmünze zur Befreiung des Rheinlandes,
die von dem Bildhauer Fahrner-Freudenstadt geschaffen wurde.



Die Befreiungsmarke.
Anläßlich der Rheinlandräumung werden vom 30. Juni ab 8- und 15-Pfennig-Briefmarken im Muster der letzten Ausgabe mit dem schwarzen Aufdruck „30. Juni 1930" — dem Datum der endgültigen Befreiung des Rheinlandes — ausgegeben.

gegen deutsche Angeklagte wurden eingestellt. Das Offiziers- und das Unteroffizierskasino wurden geschlossen. Das französische Bedienungspersonal hat die Stadt verlassen. Die französischen Offiziere und Unteroffiziere müssen sich auf eigene Rechnung in den Gasthäusern verpflegen.

Mit dem letzten französischen Zug

am 30. Juni, 1.20 Uhr, werden General Guillaumat und die letzten in Mainz weilenden französischen Soldaten die Stadt verlassen. Der Kommandant der französischen Besatzung in Trier stattete dem Regierungspräsidenten und dem Oberbürgermeister Abschiedsbesuche ab. Die beiden letzten französischen Infanterieregimenter sind abbefördert worden.

Die Trikolore

auf dem neuen Regierungsgebäude, in dem das französische Hauptquartier untergebracht war, ist eingeholt worden.

Das Disziplinarverfahren gegen Berlins Stadtkämmerer.

Noch ein Opfer der Sklarek-Affäre.

Gegen den Berliner Stadtkämmerer Dr. Lange waren im Zusammenhang mit der Sklarek-Affäre Vorwürfe in der Richtung erhoben worden, daß er als Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der Stadtbank und als Leiter des Berliner städtischen Finanzwesens ungenügende Kontrolle über die Finanzgebarung der Stadtbank geübt und nicht verhindert habe, daß den Gebrüdern Sklarek die Millionenkredite gegeben wurden. Dr. Lange hatte gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren beantragt, dem das Oberpräsidium stattgab und das seine Beurlaubung vom Dienste bis zur Entscheidung des Verfahrens verfügte.

Die Hauptverhandlung im Disziplinarverfahren, die vor dem Bezirksausschuß stattfand, war nicht öffentlich. Die Zusammensetzung des Bezirksausschusses war dieselbe wie im Disziplinarverfahren gegen den Oberbürgermeister Böß.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, lautet das Urteil in dem Disziplinarverfahren **gegen den Stadtkämmerer Dr. Lange auf Freispruch. Die baren Auslagen des Verfahren fallen der Staatskasse zur Last.**

Das Problem der Milchversorgung.

Für ausreichenden und gleichmäßigen Milchpreis.

Am zweiten Tage der Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates behandelte der Präsident der Hauptlandwirtschaftskammer von Brandenburg und Berlin, v. Oppen, das Problem der Milchversorgung Berlins, wobei er über den Rahmen des eigentlichen Themas hinaus die Frage des Milchabsatzes, die Frage einer Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Handel einer grundsätzlichen Betrachtung unterwarf.

Zum Vortrag von Oppen wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der ein ausreichender und gleichmäßig gestalteter Milchpreis für den Produzenten gefordert wird, um eine qualitativ hochstehende Milchversorgung der Städte zu ermöglichen. Ferner wird voller Zollschutz der Molkereiprodukte und entsprechende Änderung des finnischen Handelsvertrages als notwendig bezeichnet. Als nächster Redner sprach dann Dr. Fensch-Berlin über das Thema: „Bauernbetrieb und Großbetrieb als Versorger des deutschen Marktes". Einen weiteren Vortrag hielt Dr. Schindler-Berlin über „Die Aufgaben der landwirtschaftlichen Marktpflege".

Die Aufgaben der Polizei.

Minister Wäntig auf der Polizeiverwaltertagung.

In Berlin begann eine Konferenz der Staatlichen Polizeiverwalter Preußens, die von dem preußischen Innenminister Dr. Wäntig eröffnet wurde. Minister Wäntig begrüßte die erschienenen Polizeipräsidenten und Polizeidirektoren mit einer Ansprache, in der er auf die Aufgabe der Polizei hinwies, die heute in besonderem Maße als bewaffnete Macht des Staates den Schutz der Verfassung zu gewährleisten habe. Er freue sich, daß die preußische Polizei zuverlässig sei. Die wirtschaftliche Not hätte eine besonders ernste Lage geschaffen. Unter den Polizeipräsidenten seien viele aus den freien Berufen hervorgegangen, die mit den Wünschen der Bevölkerung besonders vertraut seien. Dies befähige sie, drohenden Gefahren vorzubeugen.

Das „Kreuz des Südens" zum Weiterflug gestartet.

Köhls Glückwünsche an Kingsford Smith.

Nach Meldungen aus Harbour Grace auf Neufundland ist das Flugzeug „Kreuz des Südens" mit Kingsford Smith und seinen Begleitern Donnerstag kurz nach 9 Uhr vormittags zum Weiterflug nach Newyork aufgestiegen. Kingsford Smith hoffte, um 9 Uhr abends auf dem Roosevelt Field zu landen. Das Wetter für den Weiterflug war günstig.

Hauptmann Köhl äußerte sich voll Bewunderung und Anerkennung zu dem zweiten gelungenen Ost-West-Flug über den Atlantik und beglückwünschte Kingsford Smith und seine Kameraden. Kingsford Smith telegraphierte darauf an Köhl: „Wir danken für Ihre Glückwünsche. Ich freue mich, daß wir Ihrer leuchtenden Fährte erfolgreich gefolgt sind."

Das Lübecker Impfverbrechen.

Voruntersuchung gegen die verantwortlichen Professoren eingeleitet.

Der Oberstaatsanwalt beim Lübecker Landgericht hat auf Grund des vorliegenden Untersuchungsmaterials in der Calmette-Angelegenheit gegen die Professoren Deicke und Klotz, gegen Dr. Altstädt sowie gegen die Laboratoriumsschwester des Professors Deicke wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung die Voruntersuchung beantragt. Die Voruntersuchung ist vom Untersuchungsrichter eingeleitet worden.

Die Botschaft der deutschen Reformation.

Heilsgewißheit und innere Freiheit.

Auf dem offiziellen Festakt zur 400-Jahr-Feier der Augsburgischen Konfession in der Augsburger Barfüßer-Kirche hielt Geheimrat Professor D. Dr. Rendtorff eine Festrede, in der er u. a. ausführte:

Das Augsburger Bekenntnis sei geschichtlich betrachtet das Bekenntnis der Kirche deutscher Reformation. Zu einem gemein-protestantischen Kirchentum habe es die deutsche Reformation zwar nicht gebracht. Die Kirche der deutschen Reformation sei von Anfang an in Kirchenkörper von ausgeprägter Verschiedenheit zergliedert und doch rede man heute von der Kirche der deutschen Reformation, von der deutschen evangelischen Kirche. Luther sei mehr als der Begründer eines seinen Namen tragenden äußeren Kirchentums. Auch wenn die Augustana nachträglich zu einem lutherischen Sonderbekenntnis geworden sei, habe sie darum nicht aufgehört, Eigentum der ganzen Kirche der Reformation zu sein. Das Entscheidende, das die Reformation gebracht habe, sei nicht ein theologisches Lehrsystem, sondern eine neue Frömmigkeit gewesen, wie sie in der reformatorischen Rechtfertigungslehre zum Ausdruck komme. In dieser Frömmigkeit liege nicht nur die Heilsgewißheit, sondern auch die innere Freiheit gegenüber dem kirchlichen Apparat und gegenüber der Welt. Die Botschaft der neuen evangelischen Frömmigkeit solle von der Augsburger Konfessionsfeier als ein Gewissensruf ausgehen an die Kirchengemeinschaften der deutschen Reformation, in der deutschen Heimat und im Auslande, an das deutsche Volk, vor allem aber an die einzelnen, die sich als Erben der Reformation wissen.

An der Feier nahmen die kirchlichen Führer des evangelischen Deutschland und Abgesandte ausländischer Kirchen aus 24 Ländern teil. Die Reichsregierung wird durch Reichsjustizminister Dr. Bredt, die bayerische Staatsregierung durch Kultusminister Dr. Goldenberger vertreten. Die ausländischen Kirchenführer erschienen zum Teil im Ornat, alle geistlichen Würdenträger mit ihren Amtsinsignien. Die evangelische Geistlichkeit Augsburgs zog geschlossen in ihrer Amtstracht in die Kirche ein. Auch die Bevölkerung Augsburgs nimmt an der Feier lebhaftesten Anteil. Für die Jugend, die schulfrei hat, fanden in vier Kirchen Festgottesdienste statt.

Geschichte und Zeitwende.

Abschluß der Augsburger Konfessionsfeier.

Zum Abschluß der Vierjahrhundertfeier der augsburgischen Konfession vereinigten sich abends die Festteilnehmer mit der Bevölkerung Augsburgs in der Sängerhalle zu einem Gemeindeabend, der bei Mitwirkung eines Chors von 550 Sängern einen großartigen Verlauf nahm. Nach Begrüßungsworten von Kirchenrat Schiller-Augsburg hielt Universitätsprofessor D. Althaus den Festvortrag über das Thema „Das lebendige Bekenntnis". Die Theologie habe nicht nur das geschichtlich vollzogene Bekenntnis zu wahren, sie habe auch die kommende Bekenntnisbildung der Kirche vorzubereiten.

In einer Parallelversammlung im Ludwigsbau sprach Reichsjugendwart D. Stange über das gleiche Thema wie Professor Althaus. Der Redner zeigte, wie die geistige Zeitwende neues Verständnis für die reformatorische Frömmigkeit bewirkt habe.

Der neue Lehrplan für Uebersee-Ingenieure.

Für Deutschland besteht die dringende Aufgabe, die Ausfuhr zu heben, die die Einfuhr wesentlich überschreiten muß, wenn die Wirtschaft wirklich eine Stärkung erfahren soll. Wir müssen namentlich den verfeinerten Erzeugnissen der Industrie, deren Hauptwert in Präzisionsarbeit und Erfindung liegt, einen möglichst großen Markt verschaffen. Schon längst hat man erkannt, daß hierbei der kaufmännisch gebildete Ingenieur dem Kaufmann vielfach überlegen ist, weil er kurzerhand den bei Verhandlungen auftretenden neuen Wünschen und Einwendungen Rechnung tragen kann, über die der Kaufmann erst zeitraubende Rückfragen an das Stammhaus richten müßte. Ob der deutsche Ingenieur als Angestellter einer deutschen Firma oder selbständig im Auslande tätig wird, immer wird er der deutschen Industrie werbend nützen können und zugleich die Zahl der arbeitslosen Kollegen im Inlande vermindern.

Die Arbeit im überseeischen Lande bringt aber vielen anfänglich Enttäuschung, weil sie zu spät entdecken, daß sie nicht die passende Oertlichkeit gewählt haben, daß ihnen, in der fremden Sprache nicht bewandert, manches Wichtige entgeht, daß sie übervorteilt werden, ihnen das Klima nicht zuträglich ist, oder ihnen die Unkenntnis der Gesetzgebung zum Schaden wird.

Die Ingenieurschule Technikum Strelitz hat deshalb Vorträge und Uebungen eingerichtet, die die Studierenden ihrer Ingenieurlehrpläne neben dem Fach-Studium belegen können, und die ohne Schwierigkeit in die spanische, portugiesische und englische Sprache einführen, mit der Wirtschaftsgeographie, besonders der aufnahmefähigen südamerikanischen Staaten bekanntmachen und den Studierenden Land und Leute im Lichtbild und Film vor Augen bringen.

Der Absolvent eines der 5semestrigen Lehrpläne für Tiefbau, Stahlbau, Betonbau, Flugzeugbau, Maschinenbau, Automobilbau, Gesundheitstechnik, Elektro- oder Fernmelde-Technik erhält außer seinem Fachingenieur-Zeugnis ein Zeugnis als Uebersee-Ingenieur, wenn er die dafür vorgeschriebenen besonderen Vorträge und Uebungen mit Erfolg besucht hat. Für Ingenieure, die in anderen Schulen mit gleichlangem Ausbildungsgang ausgebildet sind, kommen nur diese Zusatzlehrgegenstände in Betracht. Es wird ihnen aber empfohlen, auch ihre technischen Kenntnisse nutzbringend zu erweitern, indem sie von den 330 wöchentlichen Vortragsstunden und den Konstruktions- und Laboratoriumsübungen etliche belegen. So wird mancher Ingenieur neben den „Uebersee"-Vorträgen noch mit Vorteil Geodäsie, Wasserbau und das Berechnen von Leitungsmasten oder Vorträge über Seilbahnen und Kältetechnik belegen.

Ueber 100 Absolventen der genannten Schule sind mit dem besten Erfolge in amerikanischen Staaten tätig. Einer von ihnen ist gegenwärtig von der chilenischen Regierung mit dem Ausbau der Straßen im Territorium Aysen betraut. Einen Einblick in deren Erfolge gibt die illustrierte Drucksache „Aus dem Wirkungskreise der Absolventen der Ingenieurschule Technikum Strelitz i. M.", die nebst deren Programm kostenlos erhältlich ist.

weg an und entkamen unbemerkt. Erst als der Besitzer gegen 4 Uhr ins Haus kam und das Durcheinander erblickte, wurde die Radevormwalder Landjägerei angerufen, die am gleichen Nachmittage noch die Untersuchung aufnahm. Hoffentlich gelingt es, die anscheinend ortskundigen Gesellen bald ausfindig zu machen.

—== **Ehringhausen,** 26. Juni. Aus Anlaß des deutschen Volksliedertages wird am nächsten Sonntag, dem 29., nachmittags 4½ Uhr der hiesige M.-G.-V. „Teutonia" unter Leitung des Dirigenten Herrn Seuthe am Markanerdenkmal einige Volkslieder zu Gehör bringen. Im Interesse der guten Sache kann es jedem Gesangliebenden empfohlen werden, sich pünktlich auf dem Schulhof einzufinden, um sich den Genuß nicht entgehen zu lassen..

Schalksmühle

—x Die gegenwärtige industrielle Lage in Schalksmühle, Dahlerbrück und Umgebung ist nicht die beste. Allerdings sind die Monate Juni und Juli nie mit guten Aufträgen gesegnet. Schon in der Vorkriegszeit galten diese Monate als still. Besonders trat dies auch in der Elektrotechnik in Erscheinung und heute bei der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage ist die Schlappe recht empfindlich. Wohl gibt es noch einige Werke, die noch ihre Normalarbeitszeit einhalten können obwohl von vielen Aufträgen nicht die Rede sein kann. Die anderen Werke arbeiten nur noch verkürzt. Nicht anders ist es in der Eisenindustrie, Walzwerken, Feuergerätefabrikation, Schaufeln, Spaten, Pfannen usw., wo sich ebenfalls die Sommermonate ungünstig auswirken. Mit August oder September hofft man hier wie auch in der Elektrotechnik mit Einsetzen der Konjunktur, da dann der Winterbedarf wieder gedeckt werden muß. In der Kettenbranche ist ebenfalls eine Flaue vorhanden. Dieser Industriezweig hat in den letzten Jahren allgemein über Absatzmangel zu klagen gehabt. So ist es auch bei den Gesenkschmiedereien für Eisenbahnbedarf usw. Die hohen Lasten behindern z. T. die günstige Entwicklung der Industrie im Volmetal sehr.

—x Die Bautätigkeit scheint nun auch endlich einsetzen zu wollen obwohl auch bedingt durch die wirtschaftlich schlechte Lage nicht von einer regen Bautätigkeit gesprochen werden kann. In der Jägerstraße ist mit dem Ausschachten für den Wohnhausneubau des Anstreichermeisters W. Bordfeld begonnen worden. Am Reeswinkler Weg haben die Maurerarbeiten am Neubau des Maurers Rob. Schmitz eingesetzt, während der Kellerstock zum Wohnhaus des Sägewerksbesitzers Walter Gödersmann unterhalb Wippekühl hoch ist. In der Klagebach an der Hülscheider Gemeindeseite sind für zwei Wohnhausneubauten die Ausschachtungsarbeiten beendet, sodaß mit dem Mauerwerk jetzt begonnen wird und zwar baut der Fabrikarbeiter Hugo Spohr an dem neuangelegten Wege zwischen der Halverscheidschen und der Fischerschen Besitzung und der Fabrikarbeiter Klobes baut am Stallhauser Weg.

—x Im Hotel Müller traten am Mittwochabend sämtliche **Ausschüsse des Schalksmühler Turnvereins e. V.** zu dem am 5. und 6. Juli hier stattfindenden Bezirksturnfest des 6. Bezirks Märk. Turngau D. T. zusammen. Der Vorsitzende des Turnvereins Betriebsdirektor Berker leitete die Sitzung. Oberturnwart Diergarten konnte für den Turnausschuß alles in bester Ordnung befindlich berichten. Vom Finanzausschuß wurde insbesondere die Frage der Eintrittspreise geregelt und sind die Eintrittspreise zu den einzelnen Veranstaltungen bezw. Darbietungen so festgesetzt, um allen Schichten insbesondere auch den gegenwärtig wirtschaftlich Schwachen den Besuch der Veranstaltungen zu ermöglichen. Die Eintrittspreise werden noch bekanntgegeben bezw. am Eingang zur Turnhalle und zum Jahnplatz sichtbar angezeigt. Für den Platzausschuß berichtete Karl Forkel und wurden die Anregungen und Vorarbeiten zur Beschaffung der Geräte und Ausbau des Jahnplatzes stattgegeben und gutgeheißen. Der Wohnungsausschuß wird seine Tätigkeit nunmehr zur Beschaffung der Quartiere ernstlich entfalten und rechnet damit, daß seine Bitte in der Bürgerschaft zur Bereitstellung von Quartieren für die Turner und Turnerinnen, die schon Samstags eintreffen, freudigen Widerhall finden möge. Es nehmen am Bezirkswetturnen ca. 350 Turnerinnen und Turner teil und wird es Aufgabe aller sein, das Fest würdig helfen auszugestalten. Dafür wird ja auch ein Turnbetrieb entwickelt, woran jeder seine Freude haben kann. Samstag nachmittags sind auf dem Jahnplatz die Reichsjugendwettkämpfe, Samstagsabends in der Turnhalle Festabend, wo alle Abteilungen auf den Plan treten. Sonntagsvormittags Bezirkswettkämpfe auf dem Jahnplatz, Nachmittags Festzug, Sondervorführungen auf dem Jahnplatz mit anschließender Siegerehrung. Der M.-G.-V. Schalksmühle singt beim Anmarsch des Festzuges auf dem Jahnplatz zur Begrüßung und bei der Siegerehrung. In der Turnhalle findet Abends Festball statt. Die Musik stellt an beiden Tagen das Städt. Orchester aus Lüdenscheid. Für die Umgebung darf es nur dann eine Parole geben: „Auf zum Bezirksturnfest in Schalksmühle." (Siehe morgige Anzeige.)

Kierspe

—s **Die Waldbeerenernte** entspricht in diesem Jahre nicht den gehegten Erwartungen. Die Nachtfröste im Mai haben den Früchten offenbar zu sehr geschadet, und steht der jetzige Ertrag in gar keinem Verhältnis zu dem Ergebnis des Vorjahres. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß das Sammeln der Beeren nur gegen Erlaubnisscheine der Waldbauvereine gestattet ist.

—r Die kürzlich mitgeteilte Nachricht, daß der Schulvorstand von Kierspe die Abtretung von Ebenstück vom Schulbezirk Kierspe zum Schulbezirk Kierspe-Bhf. beschlossen habe, ist unzutreffend. Ebenstück hat bisher stets zum Schulbezirk Kierspe gehört und der Schulvorstand hat sich jetzt wie auch früher schon in diesem Sinn ausgesprochen. Dem Hauseigentümer Reppel in Ebenstück ist nur gestattet worden, sein Kind wie bisher in der Schule zu Kierspe-Bhf. zu lassen. Grenze zwischen den Schulbezirken ist der Fahrweg Ebenstück-Bordinghausen. Bordinghausen selbst gehört zum Schulbezirk Kierspe, Gärtner Bonner dagegen nach Kierspe-Bhf.

—s **Besitzwechsel.** Das am Möcklenberg gelegene Grundstück des Herrn Hugo Plate ging durch Kauf in den Besitz des Herrn Max Winter, Seesen am Harz über. Letzterer beabsichtigt dortselbst ein Wohnhaus zu errichten.

—s **Die Jubachsperre** ist an den voraufgegangenen heißen Tagen außerordentlich viel besucht worden. Aus allen Himmelsrichtungen, teils per Bahn, per Auto oder zu Fuß kam man, um dort Erfrischung zu suchen. Den Höhepunkt bildeten natürlich die Samstage und Sonntage. Von auswärts kamen größere Scharen, die des Samstags ihre Zelten aufschlugen und über Sonntag dort blieben. Man hat an Sonntagen die Besucherzahl auf etwa 2000 geschätzt. Leider hat die Sperre in diesem Jahre ein Opfer gefordert.

—s **Reicher Kindersegen.** Einer Familie am Hüttebruch wurde in diesen Tagen das 14. Kind geboren. 3 Kinder sind gestorben, sodaß noch 11 leben.

—s **Eine Weinprobe bei der Firma Leiden Köln.** Zu den Vorbereitungen für das Schützenfest gehörte in früheren Jahren eine Weinprobe, die bei dem jeweiligen Festwirt gehalten wurde. Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens glaubte man an dieser Tradition nicht vorüber gehen zu sollen. Der Ehrenvorsitzende des Schützenvereins Herr Ernst Vollmann lud daher Vorstand und Kommando zu einer Weinprobe in den Keller der bekannten Weinfirma Leiden in Köln ein, die seit langen Jahren von ihm vertreten wird. Die Teilnehmer fuhren am Dienstag nachmittag mittels Kraftwagen nach Köln, wo man dem Weinkeller einen Besuch abstattete. Der Wein schmeckte an der Quelle besonders gut. Doch nicht allein die Zunge, auch die Augen kamen zu ihrem Recht, da man erst jetzt einen Einblick von der Bedeutung der Kölner Firma gewinnen konnte. Ungeheure Vorräte von unermeßlichem Werte birgt der Weinkeller, der so groß ist, daß er unter mehreren großen Straßen hergeht. Den Teilnehmern wird der gewonnene Eindruck unvergeßlich bleiben. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Gottlieb Wilhelm Kuhbier, hielt eine begeisterte Rede auf den deutschen Wein.

Rönsahl

—r Nachdem der Barmerweg (Weg um die Kerspesperre) in der Gemeinde Kierspe vor einigen Jahren vermessen und an die Stadt Barmen aufgelassen worden ist, soll nun auch die Auflassung des inzwischen vermessenen Wegestücks des genannten Weges in der Gemeinde Rönsahl erfolgen. Die Unterhaltung der Wegestrecke in der Gemeinde Kierspe liegt der Eigentümerin der Sperre — nämlich Stadtgemeinde Wuppertal—Barmen ob, die den Weg auch gebaut hat. In der Gemeinde Rönsahl ist der Weg zwar auch von der Stadt Barmen angelegt worden. Seine Unterhaltung muß aber die Landgemeinde Rönsahl besorgen. Augenblicklich werden auf ihm Steinmassen angefahren, um seine gründliche Ausbesserung zu erreichen. Um seine Benutzbarkeit in der Gemeinde Rönsahl in der jetzigen Linienführung sicher zu stellen hat die Wegepolizeibehörde ihn jetzt für den öffentlichen Verkehr in Anspruch genommen.

*

Lüdenscheid, 26. Juni. **Um den Oberbürgermeisterposten.** Die Stadtverordneten beschlossen gestern mit 20 von 34 abgegebenen Stimmen, die durch Rücktritt von Dr. Jockusch freigewordene Oberbürgermeisterstelle sofort auszuschreiben. Das Gehalt für den zu wählenden neuen Oberbürgermeister setzt sich wie folgt zusammen: 14 000 RM. Grundgehalt. 1440 RM. Wohnungsgeld, 1200 RM. Dienstaufwandsentschädigung, zusammen 16 640 RM. Als Bewerbungsvoraussetzungen gelten Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst oder besondere Erfahrung im Kommunaldienst.

Lübeck. An den Folgen der Calmette-Fütterung sind wieder zwei Säuglinge gestorben, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf 44 erhöht hat.

Bremen. Max Schmeling, der am Sonnabend Newyork mit dem Schnelldampfer „Bremen" verläßt, dürfte am 4. Juli in Bremerhaven eintreffen.

Paris. Das schwere Einsturzunglück in Constantine im Norden Afrikas, bei dem 20 Arbeiter verschüttet wurden, hat 14 Todesopfer gefordert.

Turnen, Spiel und Sport.

—b **Kierspe-Bhf.,** 27. Juni. Am kommenden Sonntag beginnen die Ausscheidungsspiele im Faustball der Männer (Kreisklasse) zur Ermittlung der Gaugruppenmeister im Lenne-Volme-Gau. Die ersten Spiele finden auf dem Platz des L. Tv. 1861 am Waldschlößchen statt und nehmen um 9 Uhr ihren Anfang. Die Reihenfolge der Spiele wird durch das Los bestimmt. Es werden folgende Mannschaften antreten: 1. Mannschaft Tv. Jahn-Kierspe-Bhf., 1. Mannschaft der Lüdenscheider Turngemeinde; 1. Mannschaft des LTv. von 1861, 1. Mannschaft vom Tv. Grünewald und die 1. Mannschaft des Verser Tv. Eveking. Als Schiedsrichter fungieren Brettschneider, Cordes und Neufeld. Man bringt den Spielen allgemein großes Interesse entgegen und ist der Ausgang derselben vorerst noch völlig offen. Die Rückspiele werden am 6. Juli morgens 9 Uhr an der Bismarksäule bei der Lüdenscheider Turngemeinde ausgetragen. Laut Spielordnung der D.-T. ist jede Mannschaft verpflichtet, einen Faustball mitzubringen.

Sp. **Die III. Deutschen Kampfspiele** brachten auf der Schlesierkampfbahn das Fußballrepräsentativspiel zwischen Saarland und Schlesien, welches die Saarländer mit 4:3 (2:3) gewannen. In Bad Salzbrunn begannen die Golfwettspiele mit einem Vorwettbewerb im Einzel der Herren, in welchem der Bremer Hellmers gegen Schult-Berlin mit 5 auf 3 zu spielen sieate.

Das Urteil gegen Wachtmeister Wille.

Das Gericht billigt mildernde Umstände zu.

Das Kasseler Schwurgericht verurteilte den Angeklagten Wille wegen Totschlags zu drei Jahren Gefängnis. Das Gericht hat dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt. Er hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. In der Begründung wurde ausgeführt, daß der Umstand, wonach dem Angeklagten bei der Tat die volle Überlegung gefehlt habe, die Geschworenen und die Richter veranlaßt habe, die Anklage auf Mord fallen zu lassen.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 26. Juni.

Rechtsungültige Maßregelung wegen des Volksbegehrens.

Berlin. Der Schriftsetzer Senft aus Potsdam hatte sich im Herbst 1929 in die Liste für das Volksbegehren eingetragen. Er war deshalb vom Ortsverein Potsdam des Verbandes der deutschen Buchdrucker mit 20 Mark Geldstrafe belegt und dann, als die Angelegenheit durch Presseveröffentlichungen bekannt wurde, auf Antrag des Ortsvereins aus dem Verband ausgeschlossen worden. Die Beschwerde gegen den Ausschluß wurde vom Vorstand des Hauptverbandes in Berlin zurückgewiesen. Der preußische Minister des Innern hatte sich damals durch ein Protokoll des Potsdamer Polizeipräsidiums über diesen Fall Bericht erstatten lassen. Senft hatte gegen den Ausschluß gerichtliche Klage erhoben. Das Landgericht II in Berlin hat jetzt in dieser Angelegenheit folgendes Urteil gefällt: Der Beschluß des Vorstandes des Verbandes der deutschen Buchdrucker vom 12. Dezember 1929, durch den der Einspruch des Klägers gegen seinen Ausschluß aus dem beklagten Verband abgewiesen worden ist, wird für rechtsungültig erklärt. Die Kosten des Rechtsstreits wurden dem beklagten Buchdruckerverband auferlegt.

Folgenschwerer Hauseinsturz.

Marrakesch. Im hiesigen Eingeborenenviertel stürzte ein Haus ein. Fünf Personen kamen dabei ums Leben.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Schützengesellschaft Halver.

Sonntag, 29. Juni, morgens ab 9 Uhr nachm. ab 3 Uhr

Preisschießen.

Rasiergarnituren
Rasierapparate
Rasiermesser
Rasierklingen
Haarschneidemaschinen
empfiehlt:
Wilh. Bell jr.,
Halver.

Rot- und Weißweine
als passende Geschenk-Artikel,
zu billigen Preisen stets vorrätig
1 Fl. Apfelwein 55 ₰ 1.—
1 ltr. Cyclerwein nur 1.—
bei
Otto Meisterjahn,
Kierspe.

Steinzeug-Töpfe
1—10 Liter
wieder vorrätig
Wilh. Bell jr.,
Halver.

„Düngemittel"
Empfehle und halte auf Lager vorrätig:
Leunasalpeter,
Natronsalpeter,
Kalksalpeter,
Kaliammonsalpeter,
Kalkammon,
Kalkstickstoff,
Amm.-Superphosphat 5×10,
Amm.-Superphosphat, 9×9
Nitrophoska,
C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl,
Telefon Nr. 11 Rönsahl.

Landwehr-Verein Kreuzberg-Egen

Samstag, den 28. u. Sonntag, den 29. Juni 30

Feier des goldenen Jubelfestes

verbunden mit

Kreis-Kriegerverbandsfest Wipperfürth.

50

FEST-FOLGE:

Samstag, den 28. Juni:

19,00 Uhr: Einleitung des Festes durch Böllerschießen.
19,30 Uhr Versammlung des Vereins im Festzelt, das. Konzert
21,30 Uhr: Antreten des Vereins im Vereinslokal zum Fackelzug durch den Ort verbund. m. Feuerwerk.
Anschließ.: weiteres kameradsch. Beisammensein im Festzelt.

Sonntag, den 29. Juni:

5,00 Uhr: Wecken. 9 Uhr: Antreten der Kam. z. Gottesdienst
10,30 Uhr: Frühkonzert im Zelt.
Ab 14 Uhr: Empfang der auswärtigen Vereine.
15,00 Uhr: Antreten der Vereine zum **FESTZUG.** Gefallenenehrung am Kriegerdenkmal.
Darnach:

Festversammlung im Zelt

Ansprache / Fahnenehrung / **KONZERT.**

Ab 19 Uhr: **FESTBALL.**

Es laden freundlichst ein:

Der Vorstand d. Kreiskriegerverbandes. / Der Vorstand des Jubelvereins.

Wir suchen

für unsere **Krankengeld-, Kranken- und Kleinleben-Versicherung** für den dortigen Bezirk einen

tüchtigen Herrn

bei gutem Einkommen.

Deutsche Kranken- und Lebens-Vers. A.-G. von 1869,
Bezirksgeschäftsstelle Hagen,
Büro: Gartenstr. 11a.

Burgfestspiele Altena.

Florian Geyer

die Tragödie des Bauernkrieges von **Gerhard Hauptmann.**

29. Juni 3 Uhr — Dargestellt v. Ensemble d. **Hessisch. Landestheaters, Darmstadt** auf d. romantisch. **Burgbühne** zu Altena i. W. — **29.** Juni 3 Uhr

Voraufführung: Samstag, 28. Juni, nachm. 3½ Uhr. Schulen, Vereine u. geschl. Verbände erm. Preise. Karten-Bestg. b. d. Geschst. im Landr.-Amt Altena R. 2441. Sich. Sie sich zeit. Kart

---

Restaurant Carlshöhe.

Sonntag, 29. Juni:
ab 6 Uhr abends

T-A-N-Z

Eintritt frei!





Einkoch- apparate u. Gläser

in allen Größen vorrätig

Wilh. Bell jr.,

Halver.

Restaurant zum Deutschen Eck

Oeckinghausen.

Am Sonntag, d. 29. Juni

Tanz

Eintritt frei!

Scheinwerfer-Beleuchtung!

Keine Bierpreiserhöhung

D. - Rad

Die populäre Marke

„Standard"

Die gute Luxusmaschine

Viktoria

erste Präsisionsware

Zündapp

die Gebrauchsmaschine für Jedermann.

Obige Motorräder wie auch weitere Marken empfiehlt:

Wilh. Fittig,

Kierspe-Bahnhof,
Volmestraße.

Das bekannte Haus der Branche.

Sommer-Sprossen

auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einigen Tagen unter Garantie durch das echte unschädliche Teintverschönerungsmittel „Venus" Stärke B beseitigt, Keine Schälkur. Pr. Mk. 2.75.

Gegen Pickel, Mitesser Stärke A

Halversche Medizinal-Drogerie Carl Menke.

Die

Zeitungs-Anzeige

ist immer wieder das

wirksamste

und

das preiswerteste

Reklame-mittel!

Abitur

Ob. Sekunda-Reife

Schnellste Vorbereitung von Schülern u. Schülerinnen.

Paedagogium

Privatsch. - Schülerh. Hagen Bahnhofstr. 34

Farben

trocken und streichfertig

Oelbleiweiß,
Leinöl gar. rein
Weißquaste,
Deckenbürsten,
Pinsel,

alle Artikel empfiehlt:

Carl Menke, Halver.

Drainage-Röhren

in allen gangbaren Weiten auf Lager vorrätig.

C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl
Telefon Nr. 11 Rönsahl.

Spezialitäten

Kaffees

¼ Pfd. schon von 70 Pfg. an

Otto Meisterjahn,
Kierspe.

Neu! Neu!

Eröffnung

Samstag, den 28. Juni, vormittags 10 Uhr,

einer Filiale in

Hauptstr. 714 Kierspe-Bahnhof Hauptstr. 714

Wir

Verschenken! Verschenken! Verschenken!

an den Eröffnungstagen

von Samstag, 28. Juni bis einschl. Montag, 30. Juni 1930

trotz der konkurrenzlos niedrigen Preise beim Einkauf diverser Kolonialwaren

von Mk. 2.— an:	**2 Riegel prima Milchschokolade**
von Mk. 3.— an:	**eine große 100 gr. Tafel ff. Dessert-Schokolade**
von Mk. 5.— an:	**eine Flasche Himbeersaft, mit Raffinade eingekocht**
von Mk. 6.— an:	**1 ca. 2 Pfd.-Büchse Pflaumen**
von Mk. 8.— an:	**¼ Pfund hochfeinen, frischgerösteten Burgkaffee**

aus unserer fachmännisch geleiteten Kaffee-Großrösterei.

Einige Beispiele unserer unerreichten Leistungsfähigkeit!

Helles Salatöl	Ltr. 78 ₰	**Gekochter Schinken**	¼ Pfd. 48 ₰
Prima Blasenschmalz	Pfd. 68 „	**Pr. Hartgries-Makkaroni**	Pfd. 52 „
Margarine in 1 Pfd.-Paketen	48 „	**Kakao, gar. rein**	½ Pfd. 46 „
Holländer Käse 40% vollfett	Pfd. 95 „	**Matjes-Heringe**	Stck. 14 „
Westf. Cervelatwurst, schnf.	Pfd. 188 „	**Burgkaffee,** unerreicht in Qualität	½ Pfd. 170 und 150 „
Westf. Plockwurst. schnittf.	Pfd. 168 „	**Perlkaffee,** hochfein u. reinschmeckend	½ Pfd. 128 „
u. s. w.		**u. s. w.**	

Neue Kartoffeln (Mölle) täglich in Waggonladungen eintreffend. **heute 10 Pfd. 68 Pfg.**

Hausfrauen, macht von diesem Angebot reichlich Gebrauch

Sparen Sie bei uns!

Wir vergüten auf sämtlich Waren, trotz der konkurrenzlos niedrigen Preise, bei nur besten Qualitäten

5% Rabatt!

Sparbücher erhalten Sie in unserer Filiale.

Einlösung erfolgt in Bar oder Waren nach Wunsch der Kunden,

5% Rabatt

Michael Brücken AKT. GES.

Eines der grösten Unternehmen dieser Art in Westfalen und Rheinland

Billige Preise! Erstkl. Ware! Freundliche Bedienung!

Reichhaltiges Lager in feinstem

Qualitätsporzellan

Marke: Rosenthal, Fürstenberg, Hutschenreuther u. s. w.

Kaffee- und Tafel-Service

in allen Zusammenstellungen.

Sammeltassen, Bonbonieren, Vasen, Blumenschalen, Keksdosen u. s. w.

Wilh. Bell jr., Halver.



Wenn Sie ein Piano

oder einen **Flügel** (Ia Qualität: Staatsmed., gold Ausstellungspr., Künstlerzeugn.) zu bequemen Bedingungen und günstigem Preis anschaffen wollen, verlangen Sie Katalog 132 gr. u. fr. **direkt** von

Piano-Fabrik **Roth & Junius** **Hagen i. Westf. Bahnhofstr. 29**

Filialen: Essen und Berlin.

Waschkörbe

zu haben bei:

Wilh. Bell jr., Halver.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. Sonntag, den 29. Juni (Hagelfeier) Vorm. 10 Uhr Gottesdienst Pastor Stommel 11 Uhr Taufen Kindergottesdienst 2 Uhr Gottesdienst in Oberbrügge. Dienstag abds. 8 Uhr Kirchenchor. Donnerstag abds. 8 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst. Freitag abds. 8,30 Uhr Kirchl. Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. Sonntag, 29. Juni 4,30 Uhr Bibelstunde, 8 Uhr Jünglingsverein Unterhaltung. Montag 8 Uhr Jünglingsverein Turnen, 8,30 Uhr Jungfrauenverein Bibelbesprechung P. Stommel Mittwoch 8.30 Uhr Gruppenabend, 8,30 Uhr Jünglingsverein Treffer der Dortmundfahrer im Turnsaal. 4 Uhr Missionshandarbeitsstunde. Freitag 8,30 Uhr Männerchor.

Blaukreuzverein. Sonntag, den 29. Juni nachmittags 3 Uhr Bibelstunde. Donnerstag, den 3. Juli abds. 8,30 Uhr Bibelbesprechung.

Freie evangl. Gemeinde Halver. Berlinerstr. 27a Sonntag morgens 9,45 Uhr Bibelstuude Redner Missionar Mühlhof Neukirchen. 11 Uhr Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr Bibelstuude. Donnerstag abends 8,30 Uhr Bibelstunde (Schmalenbach Lüdenscheid).

Katholische Gemeinde Halver. Sonntag, den 29. Juni 6,45 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Hochamt mit Predigt. Abends 8 Uhr Andacht.

Ev. Kirchengemeinde Kierspe. Sonntag 9,30 Uhr Kindergottesdienst, 10,30 Uhr Gottesdienst. Dienstag 8,30 Uhr Jungmädchenbund. Donnerstag 4 Uhr Franenhilfe. Freitag 8,30 Uhr Kirchenchor.

Kierspe-Bhf. Sonntag: 10 Uhr Gottesdienst. 11 Uhr Kindergottesdienst. 4 Uhr Bibelstunde. Dienstag 8,30 Uhr Kirchenchor. Mittwoch 8,30 Uhr Jungmädchenbund. Freitag 8,15 Uhr Männer- und Jünglingsverein.

Montag 9,30 Uhr Posaunenchor Kierspe.